

ASF aktuell



WISSENSWERT Kleines Quoten-ABC– ab Seite 3

WICHTIG Gleichstellung in den Chefetagen– Seite 4

WAHLENTSCHEIDEND Frauenquote bei Kommunalwahlen– ab Seite 6

QUALITÄT UND QUOTE

GUT FÜR UNSER LAND



Liebe Leserinnen, liebe Leser,
für unser letztes ASF aktuell, das wir erstmals als „Schwerpunktheft“ (Frauen und Wirtschaft) gestaltet hatten, haben wir großen Zuspruch erhalten. Dies hat uns darin bestärkt, mit dieser Idee fortzufahren. Künftig wird jede Ausgabe ein Schwerpunktthema haben. Nicht nur weil Viviane Reding mit dem Vorstoß einer Quote für Frauen in Führungspositionen der Wirtschaft als Tigerin gesprungen und als Bettvorlegerin gelandet ist, trägt dieses Heft den Titel „Qualität und Quote“!

Wieder ist es uns gelungen, das Thema aus verschiedenen Blickwinkeln zu beleuchten. Wir hoffen, mit unseren Beiträgen die Diskussion nicht erschlagen, sondern eröffnet zu haben. Wir sind dankbar für alle Rückmeldungen und nehmen auch gerne die männliche Pro-und-Kontra-Sicht entgegen. Traut euch, aber bleibt sachlich!

Während ich dieses Editorial schreibe, finden landauf, landab Neujahrsempfänge statt. Überall klopfen sich Genossinnen und Genossen an der Basis auf die Schultern, belobigen sich ob des Geleisteten (zu Recht meistens) und geben sich Zuversicht für den

bevorstehenden Bundestagswahlkampf. Es wäre schön, wir könnten im Hinblick auf diesen endlich aufhören über Spitzendotierungen von Vortragenden und Führungspersönlichkeiten zu diskutieren. Der Vorstoß der Generalsekretärin, die eine eigentlich gar nicht neue Idee wieder propagiert, versöhnt da ein wenig: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist eines der Themen, mit denen man im Wahlkampfjahr 2013 punkten will: Andrea Nahles meint, die Lösung könne eine auf zwei bis drei Jahre befristete Arbeitszeitreduzierung auf je 30 Stunden sein, wenn die Arbeitgeber kooperierten. (!!)

Der Staat könne einen Teil der Einbußen auffangen.

Iris Radisch hatte bereits 2007 in ihrem Buch „die Schule der Frauen oder wie wir Familie neu erfinden“ festgestellt, dass sich nach Jahrzehnten der Frauenbewegung endlich auch die Männer bewegen müssten. „Sie müssen die

– weiter auf Seite 2

IN DIESER AUSGABE

| | |
|----------------------|-------------|
| Editorial | Seite 1-2 |
| Auszeichnung | Seite 2-3 |
| Kleines Quoten-ABC | Seite 3-4 |
| Gleichstellung | Seite 4-5 |
| Stolz und Vorurteile | Seite 5-6 |
| Wahlrechtsreform | Seite 6-7 |
| Kommunalwahlen | Seite 7-8 |
| Meinung | Seite 8-9 |
| Interview | Seite 9-10 |
| Quoten | Seite 10-11 |
| Aus aller Welt | Seite 11-12 |
| Aus den Kreisen | Seite 12 |
| Impressum | Seite 12 |

männliche Hälfte der Welt mit uns teilen und die weibliche endlich erobern. Feministinnen haben lange vor Iris Radisch und Andrea Nahles auf Demonstrationen bereits gefordert: "Die Hälfte der Welt für die Frau und die Hälfte des Haushalts für den Mann." Wir werden uns beim Wahlprogramm nicht nur für dieses Thema stark machen. Versprochen!

Es gab zwei Landtagswahlkämpfe in Folge, die als zentrales Thema die Bildungspolitik propagierten. Nach dem Reformstau unter den CDU-Bildungspolitikern war klar, dass die Übernahme des Kultusministeriums ein Ritt auf der Rasierklinge werden kann. Schade, dass Gabriele Warminski-Leitheußer diesen Ritt relativ alleine und mit stellenweise kräftigem Gegenwind – auch aus

den eigenen Reihen - machen musste. Für ihre Zukunft wünschen wir ihr alles Gute.

Euch/Ihnen wünschen wir viele Aha-Erlebnisse bei der Lektüre unseres neuen Themenheftes. Auch die Kreisverbände haben wieder ihren Beitrag zur Information der Leserschaft geleistet. Danke dafür.

Unterstützen wir uns gegenseitig in diesem Jahr 2013 in unseren Bemühungen um eine geschlechtergerechtere Welt – vor unserer Haustür und darüber hinaus!

Anette Sorg
ASF-Landesvorsitzende

AUSZEICHNUNG

BUNDESVERDIENSTKREUZ FÜR ASF-LANDESVORSTANDSMITGLIED STELLA KIRGIANE-EFREMIDIS

Groß war die Überraschung beim Ehepaar (Kirgiane)-Efremidis, als Ihnen Ministerpräsident Kretschmann in einem Schreiben mitteilte, dass Ihnen das Verdienstkreuz am Bande der Bundesrepublik Deutschland verliehen werde. Weder Stella Kirgiane-Efremidis noch ihr Mann Alexandros Efremidis, konnten sich erklären, weshalb sie diese Auszeichnung erhalten sollten.

Doch wer die beiden Sozialdemokraten kennt, der weiß, dass sie ehrenamtlich sehr engagiert sind. Sie sind Symbolfiguren für Integration und Völkerverständigung in Weinheim. Integrationsministerin Bilkay Öney hielt die Laudation und listete alle Aktivitäten der beiden griechisch-stämmigen Baden-Württemberger auf:

Seit 24 Jahren veranstaltet das Gastronomen-Ehepaar in ihrem Restaurant „Beim Alex“ im Weinheimer Rolf-Engelbrecht-Haus regelmäßig Benefizessen, deren Gesamteinnahmen – ohne Abzüge der Auslagen - Einrichtungen mit behinderten Kindern zugutekommen. „Euer Einsatz, sei es im Beruf oder im Ehrenamt, ist vorbildhaft. Vorbilder wie Euch brauchen wir“, rief die baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney den beiden „Weinheimer Griechen“ zu. „Es wäre kurz gesprungen, wenn man/frau den Fehler beginge, Euch auf das Thema Integration zu reduzieren. Dazu ist Euer beider Engagement zu vielfältig“, bescheinigt die Ministerin, die der SPD-Politikerin Stella Kirgiane-Efremidis auch eine Wegbegleiterin ist.

Die Sammlung an Ehrenämtern von Stella ist lang: Seit 1998 Vorsitzende des Koordinierungskreises zur Integration in Weinheim, seit 2005 Vorstandsmitglied des Netzwerkes griechisch-stämmiger Kommunalpolitiker in Europa. Seit 1999 sitzt sie für die SPD im Gemeinderat der Stadt Weinheim, seit 2004 als stellv. Fraktionsvorsitzenden. Und seit 2009 mischt sie auch im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises mit. Außerdem ist sie seit 5 Jahren Vorsitzende des SPD-OV Weinheim. Bereits die 2. Periode ist sie im ASF Landesvorstand und auch im SPD Landesvorstand als Beisitzerin aktiv. Im Jahre 1999 gründete Stella den griechisch-deutschen Freundeskreis PHILIA bei dem sie nun schon seit 2000 die Vorsitzende ist. Vor 6 Jahren kam dann auch noch die Gründung des Stadtteilvereins Pro Weststadt e.V dazu – auch hier leistet sie als Vorsitzende einen wichtigen Part für das bessere Zusammenleben der Stadt Weinheim.



v.l.: Bilkay Öney, griechi. Generalkonsul Panayotis Partsos, Stella Kirgiane-Efremidis, Alexandros Efremidis, OB Heiner Bernhard

Auch Oberbürgermeister Heiner Bernhard (SPD) bescheinigte den beiden ein hohes Maß an ehrenamtliches Engagement! „Die Idee eines Benefizessens zugunsten behinderter Kinder zu organisieren, ist in unserer Stadt einmalig. Stella und Alex hatten diese Idee, bei einem gemütlichen „Beisammensitzen“ mit Fußballfreunden (Alex war Profifußballer in Griechenland und hatte sich nach seinem Rückzug aus der Profiligas bereit erklärt, die TSG 1862 als Spieler zu unterstützen). Gerade war Tochter Eleni, wie auch der Zuwachs bei drei anderen Fußballerfamilien, gesund auf die Welt gekommen. Aus Dankbarkeit wollten alle etwas Einzigartiges in Weinheim installieren: „Essen zugunsten behinderter Kinder in Weinheim“. Seither konnten schon über 90.000 € an die Institutionen, die Familien mit behinderten Kinder unterstützen, übergeben werden. OB Heiner Bernhard betonte: „Antriebsfedern für das Wirken von Stella und Alex sind ihr Gerechtigkeitsinn, ihre Mitmenschlichkeit und der europäische Gedanke!“ Stella Kirgiane-Efremidis bedankte sich im Namen der Familie für die hohe Ehrung, aber vor allem bei denjenigen, die sie für vorgeschlagen haben. „Wir sind zwar sehr stolz darauf, finden aber nicht, dass wir etwas Besonderes gemacht haben. Wir haben einfach das genutzt, was wir haben: Räumlichkeiten und das Know-How für die Aktion, uns eingebracht, in den Bereichen, in denen wir meinten etwas erreichen und verbessern zu können – wir leben in einer Gesellschaft, in der das Miteinander unheimlich wichtig ist und freuen uns, wenn

wir dadurch noch einige zu solchen Aktionen inspirieren können“, so die Preisträgerin.

KLEINES QUOTEN-ABC

FÜR MEHR KLARHEIT UND ÜBERSICHT

Im letzten Jahr wurde viel über die Erhöhung der Beteiligung von Frauen sowohl innerhalb als auch außerhalb der SPD diskutiert. Wer die unterschiedlichen Debatten um „den Reißverschluss“ zur Listenaufstellung, die SPD Geschlechterquote in ihren Vorständen oder eine Frauenquote in Aufsichtsräten aufmerksam verfolgt hat, kam nicht umhin zu bemerken, wie viele merkwürdige Mythen und Gerüchte sich um die verschiedenen Formen der Quote ranken. Dies soll nun ein Versuch sein, hier etwas mehr Klarheit und Übersicht in die Diskussion zu bringen.

Eine Bemerkung noch vorab: Alle Quoten und Quotendiskussionen beziehen sich auf Gremien bzw. auf Listen, nie auf Einzelkandidaturen. Also nicht von Äußerungen wie „dann könnten wir ja die nächsten x-Jahre nur noch Frauen als OB-Kandidatinnen nominieren“ oder „wir müssten ausschließlich Frauen für den Vorstandsvorsitz vorschlagen“ verunsichern lassen, es geht nicht um Einzelkandidaturen!

Geschlechterquote (weiche Quote)

in SPD-Gremien (Vorstände):

Wahlordnung der SPD:

„Die Personalvorschläge der Vorstände müssen Frauen und Männer mindestens zu je 40 % berücksichtigen, sie sollen Frauen und Männer zu je 50 % berücksichtigen.“

Anmerkung:

Ein Anteil von mindestens 40 % sowohl von Frauen als auch Männern, daher Geschlechterquote, muss vertreten sein. Falls bei einer Listenwahl ein Geschlecht nicht mit 40 % gewählt ist (also z.B. 70 % Frauen die meisten Stimmen haben), ist dieses Geschlecht nur bis zur maximalen Grenze von 60 % gewählt und es findet ein zweiter Wahlgang zur Auffüllung auf die 40 % ausschließlich für das andere Geschlecht statt. Die Muss-Vorschrift wird hier nicht hart (s. Harte Quote) eingefordert. Wenn es nicht gelingt, dass ein Geschlecht entsprechend für Kandidaturen zur Verfügung steht, wird in der Regel mit dem anderen Geschlecht der Vorstand vollständig besetzt. Dieses Vorgehen wird auch „weiche Quote“ genannt, da es im Ergebnis dazu führen kann, dass ein Geschlecht mit mehr als 60 % vertreten ist.

„Reißverschluss-Verfahren“ bei Listenaufstellungen:

Wahlordnung der SPD, Statut der SPD Baden-Württemberg:

„Die Aufstellung der Landeslisten zur Wahl zum Deutschen Bundestag erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann. Die Aufstellung der gemeinsamen Liste aller Bundesländer (Bundesliste) zur Europawahl oder die Aufstellung von Landeslisten zur Europawahl erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann. Die Aufstellung von Listen für die Wahlen zu kommunalen Vertretungskörperschaften im Gebiet des Landes Baden-Württemberg erfolgt alternierend; eine Frau, ein Mann. Alle jeweils beginnend mit dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin.“

Anmerkung:

Die Reihung auf den Listen erfolgt abwechselnd nach Geschlecht. Steht von einem Geschlecht keine weiteren Kandidaturen mehr zur Verfügung, kann die Liste mit

dem anderen Geschlecht aufgefüllt werden. Stehen noch Kandidaturen des Geschlechts, das in der Reihung dran wäre, zur Verfügung und möchte(n) die Person(en) jedoch nicht auf den nächst möglichen, sondern auf einen späteren Listenplatz kandidieren, so können sie für den Platz kandidieren. Es muss nur vorab bei jedem Listenplatz nachgefragt werden, ob es auf diesen Platz eine Kandidatur gibt. Erfolgt keine Kandidatur kann das andere Geschlecht auf diesen Platz kandidieren. Auch hier handelt es sich um eine weiche Quote, da die Listen vollständig besetzt werden können.

40 %- bzw. 50 % Frauen-Quote in Aufsichtsräten:

Die Forderungen schwanken hier zwischen 40 und 50 %. Der Frauenanteil in den DAX-notierten Börsenunternehmen soll entsprechend erhöht werden. Wenn die Unternehmen dies nicht einhalten, sind Sanktionen von Geldstrafen bis hin zur Nichtbesetzung der Plätze in der Diskussion. Die SPD-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf mit einer verbindlichen gesetzlichen Quote mit einer mehrstufigen Übergangsregelung eingebracht. Unternehmen, die diese nicht einhalten, sollen jährlich veröffentlicht und



statistisch ausgewertet werden. Die Beschlüsse dieser Aufsichtsratsgremien sollen nicht anfechtbar sein, es sollen geeignete Gesetze erlassen werden, die greifen, falls in börsennotierten Unternehmen diese Vorgaben nicht eingehalten werden. Zur Frage, wie diese aussehen sollen, wurde sich nicht weiter festgelegt. Baden-Württemberg bringt aktuell auf Initiative des Sozialministeriums einen „Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern unter den nicht geschäftsführenden Direktoren/Aufsichtsratsmitgliedern börsennotierter Gesellschaften und über damit zusammenhängende Maßnahmen“ in den Bundesrat ein. Ziel des Richtlinienentwurfs ist es, einen festgeschriebenen Anteil des unterrepräsentierten Geschlechts (in aller Regel Frauen) in den

Leitungsorganen börsennotierter europäischer Unternehmen zu erreichen. Bis 2020 sollen mindestens 40 % der nicht geschäftsführenden Direktoren bzw. Aufsichtsratsmitglieder dem unterrepräsentierten Geschlecht angehören. Börsennotierte öffentliche Unternehmen müssen diese Zielvorgabe bereits 2018 erreichen.

Harte Quote:

Egal bei welchem Wahlverfahren oder ob bei Redelisten: Plätze, die nach Vorgabe – in der Regel 50 % und

Reißverschluss – nicht mit Frauen besetzt werden können, bleiben frei bis eine Frau gefunden ist bzw. Redelisten werden dann geschlossen, also keine anderen Kandidaturen oder Wortmeldungen mehr zugelassen. In der SPD wird dieses Verfahren nirgendwo angewendet, bei den Jusos gibt es immer wieder solche Verfahrensweisen, aber auch nicht durchgängig.

Andrea Schiele

GLEICHSTELLUNG

ENDLICH AUCH IN DEN SCHALTZENTRALEN DER WIRTSCHAFT!

Ich habe bereits bei anderer Gelegenheit meine Unzufriedenheit über den nun vorliegenden Richtlinienvorschlag von Kommissarin Reding zum Ausdruck gebracht (u.a. http://www.spd.de/spd_organisationen/asf/aktuelle_themen/evelyne-gebhardt-frauenquotchen-fr-aufsichtsratsposten-ab-2020). In der Tat hat dieses "Quötchen" nur wenig mit den Forderungen des Europäischen Parlaments zu tun, das mit großer Mehrheit bereits im Juli 2011 die Kommission aufgefordert hat, geeignete Maßnahmen auf den Weg zu bringen, damit bis 2015 30 Prozent und bis 2020 40 Prozent der Positionen in Aufsichtsräten und Vorständen der größten börsennotierten EU-Unternehmen mit Frauen besetzt werden.

Was nun auf dem Tisch liegt, hat lediglich Appellcharakter und wird der grundsätzlichen Problematik nicht gerecht. So wurden vor allem die Zielvorgaben aufgeweicht: Von der 30-Prozentmarke bis 2015 ist keine Rede und die eigentlichen Machtzentren der Wirtschaft, die Vorstände von börsennotierten Unternehmen, sind gar ganz ausgeklammert beziehungsweise sollen durch eine auf Freiwilligkeit beruhenden "Flexi-Quote" geschlechtlich ausgewogener werden. Übrig bleibt ein Vorschlag, der vorsieht, dass in Unternehmen, deren Aufsichtsräte nicht zu 40 Prozent weiblich besetzt sind, künftig Frauen bei gleicher Eignung bevorzugt werden sollen. Frau darf sich einmal mehr wundern. Hat dieser Vorschlag doch eher wenig mit der gängigen Vergabepaxis von Aufsichtsratsposten - frei nach dem Motto die eine (Männer-)Hand wäscht die andere - zu tun. Geht es nach Frau Reding sollen die Mitgliedsstaaten immerhin Unternehmen sanktionieren, sofern bis 2020 die Zielmarke von mindestens 40 Prozent jedes Geschlechts in Aufsichtsräten nicht erreicht sein sollte. Dennoch, selbst dieses "Quötchen" wird wohl im Rat noch weiter "zerrupft" werden, wenn nicht gar ganz scheitern. Es soll scheinbar alles beim Alten bleiben: Europas Wirtschaftselite - fest in Männerhand.

Evelyne Gebhardt MdEP

Die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament wird die Kommission und die Mitgliedsstaaten in dieser Angelegenheit deshalb weiter treiben. Es gilt aber auch zu Hause für die Notwendigkeit einer festen Geschlechterquote in Führungs- und Kontrollgremien zu werben. Die CDU hat beim jüngsten Parteitag wieder einmal bewiesen, wie überholt und rückwärtsgewandt ihr Gesellschaftsbild ist. Der Vorschlag von Ministerin Schröder zur Einführung einer Flexi-Quote, dem der CDU-Parteitag gefolgt ist, ist nichts anderes als ein "weiter so" und damit ein Festhalten an einer von Männern dominierten Wirtschaftsriege. Ganz zu schweigen von der FDP, die mit ihrer Fundamentalopposition zur Frauenquote ihren generellen Bedeutungsverlust weiter untermauert. Im



Gegensatz dazu freut es mich, dass unser Kanzlerkandidat Peer Steinbrück die Wichtigkeit aktiver Gleichstellungspolitik - auch und gerade in der Wirtschaft - erkennt und uns in unserem Kampf für eine Quote von 40 Prozent sowohl in Aufsichtsräten als auch in Vorständen unterstützt.

Eine auf Freiwilligkeit beruhende "weiche" Quote taugt nicht. Klar ist es erfreulich, dass sich die Zahl der Frauen in den Vorständen der DAX-Unternehmen von drei im Jahr 2010 auf momentan fünfzehn erhöht hat. Ein Grund zu feiern oder gar ein gleichstellungspolitischer Paradigmenwechsel ist das aber noch lange nicht. Fünfzehn Vorstandsfrauen in DAX-Unternehmen bedeuten nämlich gerade einmal acht Prozent der Vorstände, in siebzehn der dreißig DAX-Konzerne bleiben die Führungsetagen weiterhin reine Männerdomäne. Diese Zahlen verdeutlichen, dass geschlechtliche Parität in den wirtschaftlichen Schaltzentralen nur mit einer ambitionierten gesetzlichen Frauenquote zu erreichen ist. Ich bin dabei fest davon überzeugt: Die Bevölkerung ist viel weiter als die Konservativen und Liberalen und stimmt mehrheitlich mit uns überein, dass echte Gleichstellung endlich auch die Chefetagen deutscher Unternehmen erreichen muss!

Evelyne Gebhardt MdEP

STOLZ UND VORURTEIL ODER QUALITÄT UND QUOTE

WIDER DIE UNINFORMIERTHEIT

Keine Sorge, hier folgt kein literarischer Erguss über Jane Austens Roman. Dennoch sind diese beiden Begriffe geeignet, die Stimmungen zu beschreiben, die uns bei der Quotendiskussion immer wieder begegnen.

Stolz zeigen die Frauen, die sagen: "Ich möchte doch wegen meines Könnens eine Stelle, ein Amt, ein Mandat bekommen, nicht weil ich eine Frau bin. Ich möchte keine "Quotenfrau" sein."

Vorurteile hingegen gibt es weit mehr. Die haben verschiedene Ursachen. Vor allen Dingen Angst, verbunden mit Uninformiertheit. Angst ist ein diffuses und sehr individuelles Gefühl, weil es auch viel mit persönlichem Erleben zu tun hat. Es ist schwer, diesem etwas entgegenzusetzen. Mit Informationen aber kann manch irrealer Angst vielleicht begegnet werden. Ein Versuch ist es jedenfalls wert. Ich möchte mich hier mit den gängigsten, meist klischeebehafteten Vorurteilen auseinandersetzen.

Vorurteil 1:

Wir bekommen nicht die Besten, wenn wir Quoten berücksichtigen müssen. Die Qualität wird unweigerlich leiden.

- Für uns ist klar, dass eine Quotenregelung erst dann zur Anwendung kommt, wenn die Frage der (gleichen) **Qualität** geklärt ist. Niemand soll trotz schlechterer Qualifikation wegen seines Geschlechtes bevorzugt werden.
- Für uns ist auch klar, dass das aber die vergangenen Jahre immer wieder passiert ist: Frauen haben schon lange die besseren Schul- und Studienabschlüsse. Männer aber wurden eingestellt, z.B. weil sie nicht im gebärfähigen Alter waren, weil sie selbstbewusster auftreten, usw. Wenn es also, wie behauptet, die letzten Jahre immer nur nach Qualität gegangen wäre und die Schul- und Studienabschlüsse nicht lügen, müssten in den letzten 10-20 Jahren die Männer massive Probleme bei der Jobsuche gehabt haben.
- Dass in Führungspositionen nicht nur fähige Männer sitzen, muss uns spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise bewusst sein.
- Bei Einstellungsgesprächen sitzen den BewerberInnen häufig ausschließlich Männer gegenüber. Das „**Ähnlichkeitsprinzip**“ nach welchem (auch) die Auswahl getroffen wird, ist nicht zu leugnen. Ausschließlich objektive Kriterien kämen nur bei gänzlich anonymisierten Bewerbungsverfahren zum Tragen. Es „menschelt“ halt auch in Führungsetagen.



Vorurteil 2:

Durch die Quote werden Frauen bevorzugt und Männer benachteiligt. Es wird versucht eine Ungerechtigkeit zu beseitigen, indem man eine andere schafft.

- Männer werden nicht diskriminiert, wenn sie einen Teil des großen Kuchens, den sie zu Unrecht unter sich allein aufteilen, abgeben müssen.
- Seit 1994 gibt es im GG den Förderauftrag für den Staat, aktiv dazu beizutragen, Gleichberechtigung herzustellen.
- Etwas, das bereits verteilt ist, neu zu verteilen, geht nur, indem man wegnimmt und neu verteilt.
- Frauen geben im Gegenzug gerne von den Aufgabenbereichen ab, in denen sie überrepräsentiert sind: Ehrenamt, Minijobs, Erziehung, Haushalt und Pflege.

Vorurteil 3:

Es wird in gesetzlich oder gar verfassungsmäßig verbriefte Freiheitsrechte eingegriffen.

- Die Freiheit des Unternehmers und der Parteien werden gerne ins Feld geführt, die nicht beschränkt werden dürfen, nur um dem Gleichberechtigungsgrundsatz unserer Verfassung gerecht zu werden.
- Gegenfragen: Sind z.B. börsennotierte Unternehmen tatsächlich so frei in ihren Entscheidungen, wie sie vorgeben zu sein. Sind sie nicht tatsächlich häufig auch Sklaven der Aktionäre oder ihrer eigenen Profitgier? Sind Parteien tatsächlich frei darin, nur die „Besten“ aufzustellen? (Wobei die Frage der Messbarkeit dieser Qualität noch zu beantworten wäre) oder sind sie nicht vielmehr diversen anderen Quotenzwängen ausgesetzt, als da wären: Gewerkschaften, Flügel, Regionalproporz, Versorgungsmentalität usw.? Der Widerstand bei diesen Quotenregelungen ist ungleich geringer als bei der Geschlechterquote, obwohl es für erstere keinen Verfassungsauftrag gibt. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.
- Es kollidieren Freiheitsrechte mit einem Recht, das den Einzug unter die ersten 20 Grundgesetzartikel gefunden hat. Es muss eine Abwägung stattfinden, was höher wiegt und welche Grundgesetzartikel moderate und gegebenenfalls zeitlich begrenzte Eingriffe in Freiheitsrechte erlauben.

Vorurteil 4:

Wo kommen wir denn hin, wenn wir für sämtliche Gruppierungen Quoten einführen? Werden dann Quoten addiert? Frauenquote von 50 % plus Migrantenquote von 25 % gibt eine Wahrscheinlichkeit von 75% für eine Frau mit Migrationshintergrund?

- Haben wir denn nicht längst überall Quoten? Der Aufschrei bei diesen Quotenregelungen ist ungleich leiser bzw. nicht hörbar gewesen, weil diese als notwendig erachtet werden: z.B. bei der unechten Teilortswahl, bei allen Listenwahlen (Europa, Bundestag); weitere Quoten gibt es nach Alter, nach ethnischer oder regionaler Zugehörigkeit; am Arbeitsplatz gibt es Quoten für Menschen mit Schwerbehindertenstatus.

Vorurteil 5:

Alle wollen doch mehr Beteiligung von Frauen, nur möchte niemand gezwungen werden, weil vielfach schlicht und ergreifend die Rahmenbedingungen fehlen. Es ist besser auf Freiwilligkeit zu setzen und an den Rahmenbedingungen zu arbeiten.

- Machen wir uns nichts vor: Es geht beim „Abgeben“ von Positionen, Ämtern, usw. immer auch um Geld und/oder Macht. Wer etwas Anderes behauptet, möge weiter träumen. Macht und Geld freiwillig hergeben, so altruistisch sind die wenigsten Menschen veranlagt. Es braucht den Zwang durch Gesetze, verbunden mit gesellschaftlichem Druck und Sanktionen.

Was wir uns bei allen Diskussionen immer wieder vor Augen führen sollten, ist die Tatsache, dass eine Quote niemals ein Ziel sein kann, sondern immer nur ein Mittel, um ein Ziel zu erreichen, nämlich Gleichberechtigung.

WAHLRECHTSREFORM

EIN ZWISCHENSTAND FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Im Koalitionsvertrag der grün-roten Landesregierung lesen wir: *„Nach der Landtagswahl ist der Anteil der Frauen nochmals auf nur noch 18 % gesunken. Um dies in Zukunft zu ändern, wollen wir sowohl das kommunale Wahlrecht als auch das Landtagswahlrecht dahingehend überprüfen, wie wir es geschlechtergerechter ausgestalten können.“* Am 07. März 2012 entstand bei einer frauenpolitischen Veranstaltung im Landtag die Initiative zur Unterschriftensammlung *„Halbe Kraft reicht nicht!“* zur Erhöhung des Frauenanteils in Kommunalparlamenten des Landesfrauenrats.

Ganz unerwartet landete das Thema Kommunalwahlrechtsreform auf den verschiedensten Tagesordnungen, ein Gutachten jagte das nächste, die Ergebnisse waren sehr unterschiedlich. Von „ein einfaches Gesetzgebungsverfahren reicht“, bis „leider ist nichts möglich“ war an Einschätzungen alles dabei. Am 18. Dezember 2012 wurde in einer gemeinsamen Pressemitteilung der Koalitionsfraktionen folgender Gesetzestext in § 9 des Kommunalwahlgesetzes angekündigt: *„Männer und Frauen sollen gleichermaßen bei der Aufstellung eines Wahlvorschlags berücksichtigt werden. Dies kann insbesondere in der Weise erfolgen, dass bei der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber in den Wahlvorschlägen Männer und Frauen abwechselnd berücksichtigt werden. Die Beachtung der Sätze 1 und 2 ist nicht Voraussetzung für die Zulassung eines Wahlvorschlags.“* Diese Soll-Regelung soll für den Fall des Abweichens um eine Pflicht zur öffentlichen Darlegung der Gründe und eine statistische Auswertung ergänzt werden, welche vor den betreffenden Wahlen veröffentlicht werden. Außerdem werden Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Familie und Mandat (z.B. Regelungen für Kinderbetreuung) gefordert.

Das Rechtsgutachten von Prof. Dr. Joachim Wieland (Nachzulesen unter <http://www.spd.landtag-bw.de/cgi-sub/fetch.php?id=766>) kommt in der Abwägung der Grundgesetzartikel zur Parteienfreiheit, Parteilichkeit, der Gleichbehandlung von Männern und Frauen und des Gleichberechtigungsgebots sowie der Freiheit der Wahl zu dem Ergebnis, dass die Idee *„Das kommunale Wahlrecht für Baden-Württemberg wird dahingehend geändert, dass alle Wahlberechtigten gleich viel Stimmen für Frauen und Männer haben, die getrennt zu vergeben sind.“* (Prüfungsauftrag vom Landesparteitag am 29.09.2009) nicht mit dem Grundgesetz vereinbar wäre, da damit die Wahlfreiheit der WählerInnen beschnitten würde.

Eine Regelung zur Elternzeit für Kommunalabgeordnete wird wegen eines Rückkehrrechts insbesondere bei der praktischen Anwendung für schwierig erachtet, da es zu

Nichts wäre schöner, als wenn unsere Gesellschaft sagen könnte: Wir benötigen keine Quote (mehr).

„Die Quote ist eine Krücke, die wir wegwerfen, wenn das zweite Bein nachgewachsen ist“.

Anette Sorg

Lesetipp:

<http://www.spiegel.de/karriere/berufsleben/telekom-vorstand-sattelberger-karrieren-werden-beim-pinkeln-gemacht-a-766536.html>

nur zeitlich begrenztem Nachrücken in das Gremium führt. Dieser eher politischen Einschätzung stehen aber keine verfassungsrechtlichen Einwände entgegen. Ein Formulierungsvorschlag für eine entsprechende Regelung ist ebenfalls im Gutachten zu finden.

Die nun von der Koalition vorgeschlagene Variante wird wegen ihrer Unverbindlichkeit für verfassungskonform eingeschätzt. Als begleitende Regelung, im Gutachten „Benchmarking“ genannt, wird *„Die Landesregierung veröffentlicht einen Monat vor dem Termin der Kommunalwahlen sachlich gehaltene und neutral gestaltete Darstellungen über die Anteile der männlichen und weiblichen Kandidaten in den zur Wahl zugelassenen Wahlvorschlägen.“* vorgeschlagen.

Eine wichtige Einschätzung der Gutachter steht am Ende des Gutachtens: *„Ein besonders effektiver und sicherer Weg zu einer gleichmäßigen Repräsentation von Frauen und Männern in den Gemeinderäten und Kreistagen dürfte darin bestehen, die Parteien und Wählervereinigungen zu einer paritätischen Besetzung der Wahlvorschläge für die Kommunalwahlen zu verpflichten. Eine entsprechende gesetzliche Regelung begegnet nach geltender Rechtslage aber verfassungsrechtlichen Bedenken, ...zumindest eine Rechtsunsicherheit darüber besteht, ob Art. 3 II 2 GG zur Rechtfertigung der entsprechenden Eingriffe taugt. Eine Möglichkeit, die Quotenpflicht dennoch einzuführen, bestünde darin, den verfassungsrechtlichen Rahmen zu ändern. Dieser Weg wäre verfassungsrechtlich durchaus gangbar; er wäre aber auf eine breite Zustimmung angewiesen – und zwar über Baden-Württemberg hinaus. Erforderlich wäre eine Änderung des Grundgesetzes, wofür die Zustimmung von jeweils zwei Dritteln der Mitglieder des Deutschen Bundestages sowie des Bundesrates erforderlich ist. Die Initiative für ein Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes könnte auf Anstoß der Regierung des Landes Baden-Württemberg vom Bundesrat ausgehen.“* Aus Sicht der ASF zeigt dieses Fazit klar die weiteren Schritte auf. Wir erwarten nun von der Landesregierung, und da insbesondere von der SPD-Fraktion, dass sie gemäß der auf dem Landesparteitag in Wiesloch beschlossenen Resolution nun die notwendigen Schritte für eine Änderung des Grundgesetzes einleitet. Die Forderung der ASF ist seit Jahren eine Gesetzesänderung nach Vorbild des Parité-Gesetzes in Frankreich. *„Der gleiche Zugang von Frauen und Männern zu den Wahlmandaten und -ämtern sowie zu beruflicher und gesellschaftlicher Verantwortung wird per Gesetz gefördert.“*, so in etwa würde die deutsche Formulierung der Verfassungsänderung in Frankreich

lauten. Mit dieser Formulierung wäre ebenso das Landtagswahlrecht eingebunden, denn hier ist noch immer die Verpflichtung aus der Koalitionsvereinbarung offen – es muss also nur noch angegangen werden! Alle!

Andrea Schiele

KOMMUNALWAHLEN

WARUM BRAUCHEN WIR EINE FRAUENQUOTE?

In Baden-Württemberg sind Frauen in Kommunalparlamenten nach wie vor unterrepräsentiert. Eine Tatsache, die wir vor dem Hintergrund des Frauenanteils in der Bevölkerung von knapp über 50 % nicht akzeptieren können. Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Form von guten Angeboten bei der Kinderbetreuung, Infrastruktur vor Ort und auch die Auswirkungen einer älter werdenden Gesellschaft – all das trifft Frauen in ihrer Lebenswirklichkeit. Es ist daher folgerichtig, dass wir Frauen die Beteiligungsmöglichkeiten auf politischer Ebene sicherstellen müssen, damit Frauen echte Chancen haben, auch tatsächlich gewählt zu werden.

Meine parlamentarische Anfrage zu diesem Thema hat ergeben, dass wir zwar in den letzten Jahren leichte Verbesserungen verzeichnen konnten, trotzdem sieht die Realität noch immer düster aus: nur etwa 22 Prozent der Mitglieder in den Gemeinderäten und 16 Prozent in den Kreistagen sind weiblich. In mehr als 30 Gemeinderäten ist nicht eine einzige Frau vertreten und in zwei Kreistagen liegt der Frauenanteil unter fünf Prozent. Baden-Württemberg liegt damit am Ende des Vergleichs unter den Bundesländern und ist in der Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen weit entfernt von der Verwirklichung von Chancengleichheit unter Frauen und Männern. Bei den letzten Kommunalwahlen 2009 stieg der Frauenanteil in den Gemeinderäten nur um einen Prozentpunkt, bei den letzten Landtagswahlen 2011 sank der Frauenanteil sogar auf 19 Prozent. Daher ist ohne politische Maßnahmen kaum zu erwarten, dass der Anteil der gewählten Frauen bei den kommenden Kommunalwahlen 2014 wesentlich steigen wird.



Sabine Wölfle Mdl

Unser grün-roter Koalitionsvertrag hat hier den klaren Auftrag definiert, Wege zu einer Verbesserung zu prüfen. Es gab mehrere Gutachten dazu, leider waren diese mit unserer Verfassung nicht zu vereinbaren und eine Annullierung der Kommunalwahl kann wohl niemand ernsthaft riskieren wollen. Der SPD-Landesvorstand wie auch die Landtagsfraktion haben sich dann intensiv mit einer verfassungskonformen Lösung beschäftigt. Um eine wasserdichte rechtliche Klärung herbeizuführen, haben wir dann ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben, um nicht nur die Quotierung der Liste prüfen zu lassen, sondern wir haben auch Vorschläge eingefordert, wie man Frauen stärker motivieren kann und wie wir die Rahmenbedingungen (Sitzungszeiten, Kinder- und

Familienbetreuung, temporäre begründete Auszeit etc.) verbessern können. Das Gutachten hat uns klar gemacht, dass ein Gesetz nach französischem Vorbild nur durch eine Verfassungsänderung (welche ja auch in Frankreich vorher stattgefunden hatte) möglich ist – hierfür fehlt uns noch die politische Mehrheit. Das Ziel aber bleibt und wir werden diesen Weg evtl. nach der kommenden Bundestagswahl erneut ins Auge fassen.

Für die kommende Kommunalwahl sieht es nun folgendermaßen aus: wir novellieren das Kommunalwahlrecht mit dem Ziel, dass deutlich mehr Frauen auf den Listen aufgestellt und in Gemeinderäte und Kreistage gewählt werden können. Hierbei gibt es nun eine Entscheidung für eine appellative Soll-Regelung, welche durch eine verfassungsrechtliche Güterabwägung zwischen dem Gleichstellungsauftrag des Grundgesetzes und den Grundsätzen der Wahlfreiheit und Parteienautonomie getroffen wurde. Die Fraktionen von Grünen und SPD beabsichtigen, den Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes mit einem eigenen Antrag entsprechend zu ergänzen. Damit wird Baden-Württemberg das erste Bundesland sein, das eine so weitgehende Regelung trifft. In anderen Bundesländern hat man ebenfalls nach verfassungskonformen Wegen gesucht, ist aber zu gleichen Ergebnissen gekommen wie wir.

Nach dem Willen der Fraktionen von Grünen und SPD soll nun folgender Absatz in § 9 des Kommunalwahlgesetzes eingefügt werden:

„Männer und Frauen sollen gleichermaßen bei der Aufstellung eines Wahlvorschlags berücksichtigt werden. Dies kann insbesondere in der Weise erfolgen, dass bei der Reihenfolge der Bewerberinnen und Bewerber in den Wahlvorschlägen Männer und Frauen abwechselnd berücksichtigt werden. Die Beachtung der Sätze 1 und 2 ist nicht Voraussetzung für die Zulassung eines Wahlvorschlags.“

Natürlich ist uns bewusst, dass eine appellative Regelung nicht das ist, was wir Frauen uns wünschen. Wir werden aber begleitend dazu die Möglichkeiten für bessere Rahmenbedingungen prüfen und was noch viel wichtiger ist: wir Frauen müssen Frauen ansprechen, sie ermutigen und auch während der Kandidatur und auch im Mandat unterstützen. Eine gerechtere Gesellschaft kann es nur geben, wenn Frauen mehr mitreden können, dafür müssen wir uns einsetzen. Ein Anfang ist gemacht.

Sabine Wölfle Mdl

Sprecherin für Frauen und Gleichstellungspolitik der SPD-Landtagsfraktion

(Meine parlamentarische Initiative „Frauen in Gemeinderäten und Kreistagen von Baden-Württemberg vom 22.6.2012“ findet ihr unter: www.sabine-wölfle.de)

MEINUNGEN

ZUM FOCUS-COVER ZUR FRAUENQUOTE

In seiner Ausgabe vom 14.01.2013 titelt der Focus „Wir brauchen keine Frauen-Quote.“ Dazu veröffentlichen wir zwei Meinungen:

Auf dem Cover vom Focus diese Woche lese ich den Satz: „Starke Frauen rebellieren gegen Staats-Diktat und Gleichmacherei“ Wow! Um es vorweg zu nehmen, an den Wörtern „Frauen“ und „und“ habe ich nichts auszusetzen.

Wie [Barbara Vorsamer](http://www.sueddeutsche.de/karriere/focus-titel-contra-frauenquote-quatsch-mit-quote-1.1572421) in der SZ (<http://www.sueddeutsche.de/karriere/focus-titel-contra-frauenquote-quatsch-mit-quote-1.1572421>) vorrechnet: Fünf der zwölf Frauen auf dem Cover sind durch ihre Familie an den Top-Job gekommen, die zwei Schauspielerinnen und die Sportlerin stehen ohnehin nicht im Wettbewerb mit Männern und Kristina Schröder ist durch besagte Quote überhaupt Ministerin geworden. Das sind die starken Frauen des Focus. Der muss das mit dem „stark“ dazuschreiben, weil er Frauen ansonsten offenbar für schwach hält. Aber diese Frauen hier auf dem Cover, die sind stark – schließlich sind sie berühmt, haben einen Chauffeur und/oder haben gar reich geerbt. Yay!

Und jetzt machen diese starken Frauen Rebellion. OK, unter einer Rebellion stelle ich mir auch etwas anderes vor, als ein paar reiche Leute, die sich gegen ein demokratisch zu beschließendes Gesetz aussprechen. Aber wo kommen wir denn hin, wenn unser Parlament Dinge beschließt, die von vermögenden Eliten gar nicht gewollt werden? Jawohl, der Focus hat die Antwort: Staats-Diktat! Ich persönlich bevorzuge dafür den Begriff Demokratie, aber das ist wohl eine Frage des Standpunkts.

Immerhin hat der Focus erkannt: Wenn in vielen Aufsichtsräten auf einmal nicht nur ausschließlich Männer, sondern auch Frauen sitzen, ist das Gleichmacherei! Moment... Nee. Kann es sein, dass dieser ganze verdammte Satz, dieses ganze verdammte Cover überhaupt keinen Sinn ergeben?

Was ist hier überhaupt die Aussage? Frauen, die keine Quote brauchen wollen keine Quote? Ist das irgendwie überraschend oder gar überzeugend? Wie wär's nächste Woche mit dem Aufmacher: Millionäre wollen kein Arbeitslosengeld! Rebellion! Aber das gab's bestimmt schon.

Fabienne Vesper
(auf ihrem Blog)

-

Die Bundesministerinnen Schröder, Leutheusser-Schnarrenberger und Aigner machen im aktuellen Focus Politik gegen Frauen. Die befragten Ministerinnen beweisen ein ums andere Mal: Von der Bundesregierung ist nichts zu erwarten in Sachen Gleichstellung von Frauen und Männern. Frauenministerin Schröder diskreditiert die Quote als Instrument der 70er Jahre. Dies beweist erneut ihre Geschichtslosigkeit: Die 1970er Jahre waren die Hochphase der Frauenbewegung und Frauenpolitik in der Bundesrepublik. Schröders Vorgängerinnen im Amt

haben für Frauen gekämpft. Schröder kämpft eher gegen die Frauen. Das Grundgesetz sagt klipp und klar: „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Das spielt für Schröder keine Rolle.

Und dann legt sich die Ministerin noch mit der EU an, die in der Vergangenheit mehr für die Gleichstellung erreicht hat als Frau Merkel und ihre Bundesregierung.

Der Beifall vieler Männer ist ihr gewiss.

Ministerin von der Leyen, die eine feste Quote befürwortet, kommt in dem Artikel ebenso wenig zu Wort wie Alice Schwarzer. Ihre Äußerungen hätten den Autoren und Autorinnen wohl nicht ins Konzept gepasst.

In dem Focus-Bericht wird die Frauenquote als „Staats-Diktat“ diskreditiert. Die Autorinnen und Autoren stellen Bezüge zur Frauen-Beschäftigungsquote der DDR her. Als Kronzeuginnen präsentiert die Zeitschrift Unternehmerinnen, die auch auf Grund ihres Namens, ihrer Herkunft oder ihres Vermögens in Führungspositionen gelangt sind. Würden ausschließlich Qualifikation und Können ausschlaggebend für die Besetzung von Führungspositionen sein, wären längst mehr Frauen in Führungspositionen angekommen.

Zur Seite springt den Quotengegnerinnen das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Eine aktuelle Studie, die heute vorgestellt wurde, gibt den Frauen sogar ein ums andere Mal selbst die Schuld, dass sie nicht in Führungspositionen gelangen. Falsche Berufswahl und Erwerbsunterbrechungen der Frauen seien verantwortlich. Das grenzt an arglistige Täuschung. Die Arbeitgeber können die Hände in den Schoß legen und abwarten. Wenn wir kinderlose Frauen in technischen, naturwissenschaftlichen und oder mathematischen Berufen fragen würden, ob sie dies auch so sehen, wird die Antwort anders aussehen.

Elke Ferner MdB
(Foto: Julia Lefers)



Wir lassen uns nicht beeindrucken und halten am Ziel einer gesetzlichen Quote für Führungspositionen fest. Ich habe kein Problem damit, eine Quotenfrau zu sein. Genug anderen Frauen geht es genauso. Sie sind in dem FOCUS-Bericht nicht zu Wort gekommen.

Elke Ferner MdB
ASF-Bundesvorsitzende

INTERVIEW

BUNDESTAGSNACHRÜCKERIN ANNETTE SAWADE STELLT SICH DEN FRAGEN DER REDAKTION

Der erste Eindruck vom neuen Mandat?

Ein richtig gutes Gefühl, dazuzugehören. Anfangs war unendlich viel aufzunehmen, von dem Zurechtfinden in den vielen Gebäudekomplexen, Gesichter lernen, Regeln kapieren - da war für inhaltliche Arbeit erst abends Zeit. Ohne meine MitarbeiterInnen, die mich prima unterstützen und sich bestens auskennen, wäre ich wahrscheinlich niemals so schnell in die Abläufe hineingekommen. Sie haben mich anfangs auch begleitet, damit ich richtig ankomme. Und es war ja richtig spannend in den ersten Wochen. Hammelsprung beim Betreuungsgeld, meine erste Rede, Sondersitzungen zur Spanienrettung.

Schon eingelebt in der (nicht ganz) neuen Umgebung?

Nach dem wir nun unser endgültiges Büro im Paul-Löbe Haus bezogen haben (ich habe mit Lothar Binding das Büro getauscht, er hat als finanzpolitischer Sprecher das Büro von Nicolette Kressl übernommen, das ich noch kurzzeitig genutzt hatte) ist es perfekt.

Privat habe ich mit Berlin ja kein Problem, da ich über die SGK immer wieder hier war und mein Sohn und meine Schwester in Berlin leben. Berlin war schon immer wie mein zweites Zuhause.

Welches frauenpolitische Thema ist Dir als erstes als Abgeordnete über den Weg gelaufen?"

Das Betreuungsgeld, da kann frau nur dagegen sein. Die Argumentation der Regierungsfractionen war teilweise abenteuerlich. Sie hatten ja vor der Sommerpause es nicht geschafft, für die Abstimmung in der ersten Lesung die notwendige Mehrheit zusammenzubekommen. Ich habe auch beobachtet, wie Frau Merkel versucht hat, mit den kritischen Kolleginnen aus ihrer Fraktion noch zu reden. Mittlerweile ist es ja medial ziemlich ruhig. Ich bin gespannt, ob sie die Kurve noch bekommen.

In welchen Ausschüssen /Arbeitskreisen usw. werden wir dich in dieser Legislaturperiode finden? Schwerpunkte?

Ich bin Vollmitglied im Finanzausschuss. Dieser Ausschuss ist für die Steuergesetzgebung verantwortlich. Nicht zu verwechseln mit dem Haushaltsausschuss, der dann das Geld "verteilt". In der SPD-Fraktion gibt es themenbezogene AGen, so auch die AG Finanzpolitik, Sprecher ist als Nachfolger von Nicolette Lothar Binding. Wir hatten bereits eine Klausur, an der auch die Arbeit neu verteilt wurde. Ich bin künftig Berichterstatterin für die Einkommenssteuer, Arbeitnehmersteuern, Doppelbesteuerung und mit dabei bei Gemeindefinanzierung, Infrastrukturförderung, Energiebesteuerung. Natürlich werde ich dabei von dem Mitgliedern unterstützt.

Außerdem bin ich Mitglied der AG Kommunalpolitik und der AG Gleichstellung. Darüber berichte ich dann später gern nochmal ausführlich.

Was steht gerade an, auf das/worüber du dich besonders freust?

Während der Sommerpause war ich viel im Wahlkreis unterwegs, das ist der andere Teil des Mandates, der sehr interessant ist, weil ich hier natürlich alle Themen beackern muss, die hier vor Ort relevant sind und bundespolitische Bedeutung haben.



Du kommst aus dem Osten Deutschlands und wohnst in einem sehr ländlichen Gebiet. Werden diese beiden "Mitbringsel" deine politische Arbeit beeinflussen?

In jedem Fall, ich habe schon viel Kontakt mit den Kolleginnen und Kollegen aus den nun nicht mehr neuen Bundesländern. Sie sind sehr aktiv und vielleicht habe ich auch ein wenig mehr Verständnis für manche Probleme. Deshalb habe ich mich auch in der AG Finanzen für das Thema Infrastrukturproblematik/Aufbau Ost gemeldet.

Als langjährige Stadtbewohnerin habe ich mich im ländlichen Raum sehr gut eingelebt und wir wollen hier auch nicht mehr weg. Die Mischung aus Landwirtschaft und High-Tech zeichnet meinen Wahlkreis ja besonders aus. Da bin ich als Naturwissenschaftlerin sowohl mit biologischen, als auch technischen Themen richtig gut ausgefüllt. Und die landwirtschaftlichen Betriebe sind eine Herausforderung für jeden IT-Spezialisten: Vollautomatische Melkanlage, vollautomatische Futterdosierung, Steuerung der Maschine auch nachts per GPS usw. usf., das Landleben hat sich gewaltig verändert.

Du bist jeweils aktives Mitglied der SGK, bei der ASG und der ASF. Wie beurteilst du deren Arbeit und die Bedeutung für die Partei?

Für alle Gremien gibt es enge Verzahnungen, so dass ich hoffe, dies gut zu bewältigen. Nur ein Beispiel: Der jetzt diskutierte echte Reißverschluss im Wahlrecht - ein frauenpolitisches, aber eben auch ein klassisches SGK-Thema, da ist eine Personalunion hilfreich. Oder die Hausarztproblematik im ländlichen Raum, die Versorgungsschlüssel sind nicht gerecht im Vergleich zur Stadt. Ein Thema für die ASG und die SGK und nebenbei auch für die ASF, da junge Ärztinnen eben gern Beruf und Familie verbinden wollen, dies im ländlichen Raum aber z.Zt. problematisch ist. Betreuungsgeld/Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung von 0 bis drei, frauenpolitisch enorm wichtig, um unsere hochqualifizierten Frauen im Beruf halten zu können, für die Kommunen ein gewaltiger Kostenfaktor - also wieder ASF und SGK. Die Beispiele ließen sich beliebig fortsetzen.

Kannst du deine eigenen politischen Schwerpunkte mit den Anforderungen der Fraktion gut in Einklang bringen? Was sind deine Schwerpunkte?

Ich denke, dass Finanzpolitik nicht im luftleeren Raum steht und immer Folgen auf alle Lebensbereiche hat. Ich habe immer, deshalb bin ich in der SPD, den Fokus auf gerechte Verteilung gelegt. Da gibt es im Finanzausschuss eine Menge Anknüpfungspunkte. Momentan mit wenig Aussicht auf Erfolg, da wir in der Opposition sind. Ich hoffe natürlich sehr, dass sich das dieses Jahr ändern wird. Und im Wahlkreis bin ich ja mit allen Themen konfrontiert und damit kann ich hier auch meine Schwerpunkte setzen: Stärkung der Infrastruktur

des ländlichen Raumes und zwar auch für die, die auf die Unterstützung angewiesen sind. Beachten von umweltpolitischen Aspekten z.B. bei der Versorgung mit öffentlichem Verkehr auch für die Schülerbeförderung. Taxi Mama ist hier noch weit verbreitet und die Frauen können eben nicht so einfach erwerbstätig werden, wie in einer Stadt mit kurzen Wegen.

Annette Sawade

QUOTEN SIND ALLGEGENWÄRTIG

WAS MACHT DIE QUOTE SO BESONDERS, WENN ES UM FRAUEN GEHT?

Der Begriff der Quote wird gemeinhin als Veränderung im Bestand erklärt, angegeben in Prozent. Bis hierher existiert breiter Konsens. Wir unterscheiden Einschaltquoten, Radioquoten, Erwerbsquoten, Gewinnquoten – und manchmal gefällt uns der jeweilige Prozentsatz nicht, aber nie, nie, nie stellen wir ihre Existenz in Frage. Das wäre auch unsinnig, ein Bestand lässt sich nicht wegdiskutieren, er ist da. Nur bei einer Quote von 0 ist auch kein Bestand, kein Anteil mehr nachweisbar.

Quoten beschreiben also Anteile und es ist eine Frage des Prozentsatzes, ob wir die Quote als relevant für einen bestimmten Kontext ansehen – oder nicht. Eine Einschaltquote von 2 Prozent dürfte zum Haareraufen eines Sendeleiters führen.

Auch bis hierher reicht der breite Konsens wohl noch...

Was also macht die Quote so besonders – wenn es um Frauen geht? Die Debatte – meist emotionalisiert und eher selten sachlich geführt – dient in der Hauptsache nur einem Ziel: dem männlichen Machterhalt. Frauen wollen keine Quotenfrauen sein; Quotenfrauen werden für grundsätzlich defizitäre Wesen gehalten, die unmöglich durch eigene Leistung dorthin gelangt sein können, wo sie sich befinden... wir kennen diesen Streit zur Genüge.

Betrachten wir die Ergebnisse: Das Eintreten FÜR eine Frauenquote hat zu Entwicklungen und Veränderungen geführt. Es hat sich etwas bewegt, politisch wie gesellschaftlich. Wie zufrieden wir mit diesen Veränderungen sind, bestimmt unser politisches Handeln.

Das Eintreten GEGEN eine Frauenquote hingegen zementiert einen Zustand, der längst nicht mehr zeitgemäß ist. Und dieser Zustand ist gekennzeichnet durch männliche Dominanz. Man mag die Historie dafür in Haft nehmen: Der Mann als ehemals Alleinverdiener, als derjenige, der die Außenvertretung der Familie übernahm und damit auch politisch wirkte – dieses patriarchale Modell mag einst den Rahmenbedingungen geschuldet seine Berechtigung gehabt haben... aber die Zeiten ändern sich.

Veränderung bedeutet Bewegung und Bewegung ist beschwerlich. Kein Wunder also, wenn es Interessengruppen gibt, die sich lieber nicht bewegen... Aber wenn die Strukturen zeitgemäß und effizient sein sollen – so müssen sie sich ändern. Und das Instrument dafür ist die (Frauen-)Quote.

Wovor also fürchten wir uns? Warum empfinden wir den Begriff der Quote als Makel? Und schließlich: Wer, verdammt noch eins, hat uns eingeredet, dass eine Frauenquote bedeutet, Frauen mit mangelnder Kompetenz kämen unverdient zu Chancen? Wer, bitte, kreierte das Gerücht, Frauenquoten bieten Schonräume

und Vergünstigungen? Das ist Quatsch. Das will niemand. Weder Frau noch Mann.

Die Quote sichert einen Anteil. Unseren Anteil. Bei gleicher Eignung, gleicher Professionalität und gleicher Kompetenz wird so lange im Bewerbungsverfahren eine Frau bevorzugt, bis dieser Anteil erreicht ist. Weil es gerecht ist. Und weil sich etwas ändern muss.

Dafür sollten wir solidarisch sein, statt uns selbst zu zerfleischen. Männer nutzen – wenigstens nicht bewusst – die Adaption, um sich auch künftig mit Gleichen und Ähnlichen zu umgeben. Was haben wir Frauen? Das Modell „Krabbenkorb“ erfunden... und einige unserer starken Geschlechtsgenossinnen lehnen die Quote ab, beten die Code-Wörter der männlichen Welt nach und sind emsig bemüht, so unauffällig/auffällig wie möglich in der Männerwelt zu bestehen. Das Leistungsprinzip, und aus eigener Kraft geschafft. Oh, manchmal wollen wir auch gefallen, wir suchen Anerkennung... Allerdings von Männern, nicht von Frauen, denn in den Leitungsfunktionen patriarchaler Strukturen finden sich selten Schwestern im Geiste.

Claudia Sünder

Solange eine Frauenministerin wie Kristina Schröder derartig gegen diejenigen arbeitet, die sie vertreten soll, werden unsere Bedürfnisse nie angemessen



repräsentiert. Solange wir selbst nicht einig sind in unserer Forderung nach einer Gerechtigkeit der Chancen, die auf das Instrument Quote nicht verzichten kann, solange werden sich die alten Strukturen als zäh und langlebig erweisen.

Das Ziel der Frauenquote ist angemessene Repräsentanz und Gendergerechtigkeit. Wer darüber hinaus noch Zeit

und Muße hat, soll über Männerquoten diskutieren... Das Un-Wort des Jahres 2012 ist „Opfer-Abo“ ... Es wird an uns Frauen gemeinsam liegen, ob „Frauenquote“

zum Un-Wort des Jahrhunderts oder zum „Wort für eine gendergerechte Zukunft“ wird... Zickenkrieg ... war hoffentlich gestern.

Claudia Sünder

ASF-Landesvorstand und Beauftragte für Öffentlichkeitsarbeit des Landesfrauenrats

AUS ALLER WELT

ATTENTAT AUF FRAUENRECHTLERIN IN PAKISTAN

Malala Yousafzai war elf Jahre alt, als sie anfang regelmäßige Blogbeiträge im Internet zu veröffentlichen, in denen sie sich für das Recht von Frauen und Mädchen auf Bildung aussprach. 2011 erhielt sie dafür den Jugendfriedenspreis von der pakistanischen Regierung. Doch für ihren Einsatz für die Rechte der Frau musste sie fast mit ihrem Leben bezahlen. Bei einem feigen Angriff durch die Taliban, wurde Malala lebensgefährlich verletzt. Die Taliban sehen die Rechte der Frau als unvereinbar mit dem islamischen Recht an und bedrohen Malala Yousafzai weiterhin mit dem Tod. Zugleich zeigen die Geschehnisse wiederum, dass es noch immer Orte auf der Welt gibt, an denen Frauen und Mädchen der Zugang zu Bildung verwehrt wird. Besonders in Pakistan, das als drittgefährlichstes Land der Welt für Frauen gilt, ist die internationale Gemeinschaft gefragt um die Stellung der Frau und vor allem den Zugang zu Bildung für junge Mädchen aufzubauen.

Das Europäische Parlament hat vergangene Woche in einer Resolution von der pakistanischen Regierung gefordert, die Verbrecher konsequent zu bestrafen und sich beharrlich für die Frauenrechte einzusetzen.

Große Teile der pakistanischen Bevölkerung, islamische Gelehrte und die größten Parteien im Land haben mit Erschütterung auf das Attentat auf Malala Yousafzai reagiert. Diese Dynamik muss jetzt genutzt werden um die Rechte von Frauen und Mädchen auch tatsächlich durchzusetzen.

Die Ereignisse, die sich rund um Malala Yousafzai zugetragen haben, zeigen einmal mehr, dass wir uns weiterhin, auch über unsere Landesgrenzen hinaus, für die Gleichstellung der Frau einsetzen müssen.

Die Entschließung steht unter:

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0401&language=DE&ring=P7-RC-2012-0477>

Evelyne Gebhardt MdEP

AUS DEN KREISEN

LOTHAR BINDING ZU GAST BEI DER ASF GÖPPINGEN

„Zukunft ohne Armut“ lautete der Titel einer Veranstaltung mit dem Bundestagsabgeordneten Lothar Binding, zu der die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF) im Kreis Göppingen und der SPD-Ortsverein Eisligen eingeladen hatten. Nach der Begrüßung durch ASF-Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann hielt Oberbürgermeister Klaus Heininger ein Grußwort.



v.l.: Lothar Binding MdB, ASF-Kreisvorsitzende Dr. Heide Kottmann, Bürgermeister a.D. Günter Frank, Oberbürgermeister Klaus Heininger

Lothar Binding, der Sprecher der Arbeitsgruppe Finanzen der SPD-Bundestagsfraktion, hatte ein Armutspuzzle mitgebracht - überdimensionale Styroporsteile, die er die Zuhörerinnen und Zuhörer zusammensetzen ließ. Ein anschauliches Beispiel, wie Altersarmut die Illusion einer Zukunft ohne Armut verhindert, indem sie die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben einschränkt und ein würdevolles Altern verhindert.

„Ursache der zunehmenden Altersarmut sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Sie führen zu geringeren Rentenanwartschaften und zu einem Einnahmedefizit der gesetzlichen Rentenversicherung, deshalb soll das Rentenniveau nach derzeitiger Gesetzeslage bis zum Jahr 2020 auf 43 Prozent abgesenkt werden“, beschrieb Lothar Binding den Teufelskreis. Für eine dringend notwendige ergänzende private Altersvorsorge reiche das Einkommen meist nicht aus. Im Übrigen seien sowohl private als auch betriebliche Altersvorsorge – im Gegensatz zur umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherung - den Risiken des Finanzmarkts unterworfen.

„Wer ein Leben lang gearbeitet hat, soll eine Zukunft ohne Armut haben“, betonte Lothar Binding. Er forderte die flächendeckende Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, ebenso wie gleiche Bezahlung sowohl für Leiharbeiter und Festangestellte als auch für Frauen und Männer. „Um die gesetzliche Rentenversicherung

zukunftsicher zu machen, darf es keine Absenkung des Rentenbeitrags geben“, so der Finanzexperte.

GLÜCKWUNSCH

Die ASF beglückwünscht Malu Dreyer ganz herzlich zu ihrer Wahl zur rheinland-pfälzischen Ministerpräsidentin und wünscht ihr alles Gute. Die Juristin gehörte bereits seit 2002 als Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Demographie der Landesregierung an. Malu Dreyer ist die vierte Frau an der Spitze eines Bundeslandes.



IMPRESSUM

Herausgeber
SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Redaktionsanschrift
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel. 0711/61936-0, Fax 0711/61936-20
www.spd-bw.de

Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann
Konzeption & Gestaltung: IFK Berlin, www.ifk-berlin.org

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht aber (unbedingt) die Meinung der Redaktion wieder.